

## «Das ist reine Augenwischerei»

Grosser Rat spricht sich für die Einführung einer kantonalen Kurtaxe aus – FDP-Fraktion wehrt sich vergeblich.

Hans Suter

Auf die Idee, eine neue Steuer einzuführen, kommt meist eher die Regierung als das Parlament. Für einmal ist es im Thurgau umgekehrt. Das Parlament will eine Übernachtungstaxe einführen, und der Regierungsrat wehrt sich dagegen. Mit dem besseren Ende für das Parlament: Trotz rechtlicher, organisatorischer und ökonomischer Bedenken erklärt der Grosse Rat eine entsprechende Motion mit 61 Ja zu 39 Nein bei drei Enthaltungen für erheblich.

Nun muss der Regierungsrat innert zweier Jahre zuhänden des Grossen Rates eine Botschaft zur Einführung einer sogenannten Kurtaxe ausarbeiten. Über den Zweck herrscht allerdings viel Unklarheit, weshalb am Ende kaum jemand im Parlament so richtig glücklich zu sein scheint.

### Nicht auf etwas verzichten, das allgemein akzeptiert ist

Die Motion mit neun Erstunterzeichnenden aus allen sieben Fraktionen und 65 Mitunterzeichnenden aus dem 130-köpfigen Kantonsparlament verlangt, dass der Regierungsrat die gesetzlichen Grundlagen schafft für die Einführung «einer Lenkungsabgabe, einer Kurtaxe (Übernachtungstaxe) im Rahmen eines Tourismusförderungsgesetzes». Das klingt nicht nur kompliziert, es ist kompliziert. Und fehlerhaft, wie der Weinfelder EVP-Kantonsrat Roger Stieger als erstunterzeichnender Motionär einräumt. «Die Kurtaxe greift zu kurz», sagt er, der Sinn der Motion bleibe aber gleich. Und der lautet mit den Worten Stiegers: «Warum soll der Thurgau auf eine Steuer verzichten, die allgemein akzeptiert ist?» Die vorliegende Motion biete die Möglichkeit, den Gästen im Thurgau zusätzlich Leistungen anzubieten und die Gemeinden und den Kanton finanziell zu entlasten.

Was heisst das in Zahlen? Das Budget der Dienstleistungsorganisation Thurgau Tourismus belief sich 2024 auf rund 3 Millionen Franken. Davon



Der Weinfelder EVP-Kantonsrat Roger Stieger ist Erstunterzeichner der Motion «Einführung einer Lenkungsabgabe: Kurtaxe (Übernachtungstaxe) im Rahmen eines Tourismusförderungsgesetzes». Bild: Niklas Thalmann

steuerte der Kanton im Rahmen einer Leistungsvereinbarung 1,07 Millionen Franken bei, 390'000 Franken kamen aus den Mitgliederbeiträgen von 76 der 80 Thurgauer politischen Gemeinden und insgesamt 1,54 Millionen Franken flossen aus der Hotellerie (Fr. 1.50/Logiernacht: Fr. 240'000.-), der Parahotellerie (80 Rp./Logiernacht: Fr. 125'000.-), übrigen Mitgliederbeiträgen (Gastro, Erlebnis usw.: 300 Betriebe à Fr. 300.-) und anderen Erträgen. Die Beiträge sind freiwillig.

Das Einführen einer gesetzlich verankerten Übernachtungs- oder Kurtaxe, welche die Gäste zu bezahlen haben, erhält viel Support im Grossen Rat. Mit SP, GLP, Mitte/EVP, Grünen und SVP stellen sich fünf der sieben Fraktionen hinter die Motion. Die EDU/Aufrecht-Fraktion spricht sich trotz gewisser Sympathien für das Grundanliegen dagegen aus. Richtig kriti-

sche Töne kommen aber nur aus der FDP-Fraktion.

Mitmotionärin Cornelia Hasler-Roost (FDP, Aadorf) erklärt, sie halte das Ziel und die Grundhaltung der Motion für wichtig. «Allerdings wurde sie rechtlich nicht überprüft.» Der vorliegende Vorstoss habe mehrere Fehler. Sie könne heute nicht mehr dahinterstehen und werde sich bei der Abstimmung neutral verhalten.

FDP-Kantonsrätin Michèle Strähl-Obrist (Weinfelden) spricht im Namen ihrer Fraktion Klartext: «Die Motion, wie sie jetzt daherkommt, ist reine Augenwischerei.» Der heutige Beitrag des Kantons diene der Tourismusförderung und dem Marketing. «Doch wir wissen heute nicht, was der Sinn und Zweck der Motion ist», kritisiert sie. Persönlich vertritt die FDP-Kantonsrätin deshalb die Auffassung, dass das Parlament gut daran täte, zuerst eine Grund-

satzdiskussion darüber zu führen, ob die Tourismusförderung eine Staatsaufgabe sein soll oder nicht. «Wenn ja, sind die Mittel fest ins Budget einzustellen. Wenn nicht, ist Tourismus Thurgau gefordert.» Richtigergehend «schockiert» zeigt sich Michèle Strähl-Obrist ob Voten aus dem Parlament, «dass es offenbar egal ist, was es kostet, wenn es der Gast bezahlt».

### «So werden doch nicht Gesetze gemacht»

Der erstunterzeichnende Motionär Roger Stieger widerspricht kritischen Voten zu Aufwand und Ertrag: «Wenn die Aufwendungen grösser wären als die Einnahmen, würde das dann in so vielen Kantonen gemacht?» Zwar seien sich die Motionäre im Wording unsicher gewesen, der Sinn sei aber klar: «Es geht um die Schaffung eines Tourismusförderungsgesetzes.» Das steht so aber nicht in der Mo-

tion. Wörtlich heisst es: «Der Regierungsrat wird beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen für die Einführung einer Lenkungsabgabe, einer Kurtaxe (Übernachtungstaxe) im Rahmen eines Tourismusförderungsgesetzes zu erschaffen.»

Regierungspräsident Walter Schönholzer platzt fast der Krage und er ermahnt das Parlament, ihm jetzt gut zuzuhören: «Die vorliegende Motion ist sehr eng formuliert und sieht keinen weiteren Analyseprozess vor. Sie wäre eins zu eins umzusetzen.» Sogleich verschärfte er seine Rhetorik: «Sie überraschen mich heute schon wieder: Sie sind sich bewusst, dass die Motion sich so nicht umsetzen liesse, es scheint Ihnen aber egal zu sein. So werden doch nicht Gesetze gemacht.»

Es nützte nichts: Das Parlament will eine Kurtaxe, wie auch immer diese ausgestaltet und organisiert wird.



## Der Thurgau hat's erfunden

Wer hats erfunden? Gründergeist ist im Thurgau fest verankert. Thomas Bornhauser löste beispielsweise eine Volksbewegung aus, sorgte mit seinen Ideen für eine liberale Staatsverfassung. Der Thurgau ist Heimat der Gottlieb Hüppen und vom Shorley. Aus dem Picknick-Korb einer gutbürgerlichen Schweizer Familie ist beides nicht mehr wegzudenken.

Nicht zu vergessen die Unterhosen aus Amriswil oder die offene Kreuzlinger Kunstgrenze. Bussnang, die Gemeinde mit Zug, steht im Kanton offensichtlich als guter Nährboden für Innovationen. Schliesslich kommt hier aus dem Stadlerwerk der Gelenktriebwagen, die heute typischen Turbozüge, und der Stabmixer Bamix. So viel Lokalstolz als Bussligerin darf sein.

Aber auch eher unrühmliche Erfindungen gehen auf den Thurgau zurück. Beispielsweise die sogenannte Schwarze Liste für säumige Prämienzahler der Krankenkassenversicherung. Auch wie man Behörden auf der Nase herumtanzt ist made in Thurgovie, invented by Ulrich K. Und wenn wir schon bei den Fremdsprachen sind: Wie man das Frühfranzösisch ins Visier nimmt, wissen wir Thurgauer schon lang vor den Zürchern. Und auch, wie man es dann doch beibehält.

Die aktuellste Gründung findet nun in Weinfelden statt. Von dort aus soll die Islampartei IVP die Schweiz erobern. Ein Vorschlag für den Wahlspruch: «Isch mini Idee gsi.» Frech abgekupfert von Radio-Pionier Roger Schawinski. Aber auch ein Seitenhieb gegen die Frauenfelder würde drin liegen. Statt «zämä Stapi», wie Claudio Bernold im Stadtpräsidenten-Wahlkampf verwendet, könnte man «zämä Partei» als Slogan nutzen.

Ob die Partei aber je so erfrischend wie ein Shorley, so passend wie eine ISA-Unterhose oder so offen wie die Kunstgrenze wird, steht noch in den Sternen.

Sabrina Bächli

## Kommission für Gewaltprävention

**Wechsel** Der Regierungsrat hat Heike Brückel, Ressortleiterin im Amt für Justizvollzug, Schulinspektor Andreas Baer und Manuela Reuss, Geschäftsleiterin Benefo, für die verbleibende Amtsdauer in die Kommission Gewaltprävention gewählt. (red)

## «Die Motion überzeugt inhaltlich nicht»

Der Thurgau wird die warme Progression – im Gegensatz zur kalten Progression – auch künftig nicht ausgleichen.

Hans Suter

«Wir können Geschichte schreiben als erster Kanton, der Ja sagt, die warme Progression anzugehen», sagt Kantonsrat Reto Ammann im Thurgauer Grossen Rat. Der GLP-Fraktionschef ist Erstunterzeichner einer entsprechenden Motion, welche die warme Progression analog der kalten Progression ausgleichen will, und sagt: «Keiner verdient gerne mehr, um danach festzustellen, dass unter dem Strich sogar weniger übrig bleibt als vorher.»

Deshalb verspricht Ammann: «Es hilft allen Bürgerin-

nen und Bürgern, dem Thurgau insgesamt und sollte eigentlich von links bis rechts alle Parteien überzeugen.» Die Motion mit vier Erstunterzeichnenden aus GLP, SVP und FDP sowie 55 Mitunterzeichnenden ist rechnerisch nicht weit weg von der absoluten Ratsmehrheit von 66. Es sollte trotzdem anders kommen.

### «Unter dem Strich keine bis wenig Wirkung»

Die warme Progression bewirkt, dass Steuerpflichtige infolge des realen Wirtschaftswachstums in höhere Progressionsstufen geraten. Bei der kalten Progression entsteht der gleiche Effekt, aber

aufgrund der Teuerung. Im Gegensatz zu einem deshalb gewährten Teuerungsausgleich haben die Steuerpflichtigen bei einem allgemeinen Reallohnwachstum aber mehr Geld im



GLP-Kantonsrat Reto Ammann Bild: Ralph Ribli

Portemonnaie. Es sei denn, die höhere Progressionsstufe frisst es weg. Genau das will die Motion künftig verhindern.

Der Regierungsrat hält wenig davon. «Die Motion überzeugt inhaltlich nicht, weil ein Ausgleich der warmen Progression dem Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zuwiderlaufen würde und zu einer Zweifachentlastung durch die kalte und warme Progression führen könnte», schreibt er in seiner Beantwortung. «Die Motion würde unter dem Strich keine bis wenig Wirkung entfalten.»

In einer engagiert geführten Diskussion sprechen sich nur die Fraktionen von GLP und FDP für die Motion aus. Regierungsrat Urs Martin bezeichnet den Vorstoss als «wenig ausgegoren». Die Motion wolle, dass wer mehr verdiene, nicht mehr Steuern bezahlen müsse. «Nun gibt es aber auch eine Bundesverfassung. Und das wäre ein Verstoss gegen den Grundsatz der Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit.»

Mit 60 Nein zu 45 Ja bei einer Enthaltung wird die Motion nicht erheblich erklärt und ist somit vom Tisch.